

5 Fragen des Bochumer Friedensplenums an die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus:

Frieden gewinnen, nicht Kriege - Verhandeln statt töten

Das fordern immer mehr Menschen nach einem Jahr Krieg in der Ukraine. Mehrere hunderttausend Tote, Millionen auf der Flucht, Städte, Dörfer und lebenswichtige Infrastruktur liegen in Trümmern. Aber weniger die Opfer des russischen Angriffskrieges gegen die Nachbarn – wie viele noch, wenn nicht verhandelt wird? - stehen im Vordergrund unserer politischen Diskussion, sondern Waffen, die weiter töten und Friedenskompromisse endlos hinausschieben können. Jetzt geht es nicht mehr nur um schwere Panzer, sondern um Kampfflugzeuge, weitreichende Raketen, Streu- und Phosphorbomben, die eigentlich geächtet sind. Die Gewaltspirale kann im atomaren Untergang enden. Der Widerstand dagegen wächst. In wenigen Tagen haben mehr als eine halbe Million Menschen das „Manifest für den Frieden“ unterzeichnet. Es fordert den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen jetzt zu stoppen und sich auf deutscher und europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen zu setzen. „Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.“

Dennoch setzt ein Mainstream in Politik und Medien darauf, dieser Krieg - auf den endzeitlichen Vernichtungsarsenalen in Ost und West - könne mit immer mehr Waffen durch einen Sieg auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Höchste Militärs warnen vor dieser Illusion.

Waffenlieferungen in diesen Krieg waren und sind in der evangelischen Kirche umstritten. In der Kirchenkonferenz der EKD dominierte zunächst der Wunsch nach gewaltfreier Konfliktlösung. Es war dann die EKD- Ratsvorsitzende Annette Kurschus, die im April letzten Jahres voran ging und die damals beschlossenen Waffenlieferungen für notwendig hielt, jedoch nicht als alleinige Antwort. In einem Gastbeitrag für die FAZ schrieb sie dann, sie könne einen Krieg grundsätzlich nicht gutheißen, auch keinen Verteidigungskrieg, auch keine Waffenlieferungen. „Ich kann sie allenfalls als unvermeidlich anerkennen, als geringeres Übel für vertretbar halten. Es ist geboten der Sünde in Form von brutaler Gewalt und verbrecherischem Unrecht entgegenzutreten.“

In ihrer Predigt zum Reformationstag 2022 rief sie zu verstärkten Bemühungen um eine Waffenruhe in der Ukraine auf. Friedensverhandlungen schienen zwar in weiter Ferne zu liegen. Umso nötiger sei jedes Gespräch, das darauf abziele, dass die Waffen schweigen. Verhandlungen seien jedoch nur möglich, wenn der Gegner nicht zum Feind oder gar zum Teufel ernannt werde. „Verachtet Verhandlungen nicht“: dafür erntete sie teils scharfe Kritik, weil sie damit die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine verlasse und man mit Putin nicht verhandeln könne. Darauf nimmt sie in einem Interview mit Chrismon in diesem Monat ihren Aufruf zu Verhandlungen teilweise zurück und sagt: „Im Nachhinein ist mir deutlich: „Verhandlungen“ kann missverstanden werden im Sinne von „rechtsverbindliche Friedensverhandlungen“. Die habe ich in meiner Predigt nicht gemeint, mir ging es darum, dass Gesprächskanäle und Brücken zwischen den Menschen nicht abbrechen dürfen.“ Die Forderung nach immer schwereren Waffen beunruhige sie. „Ja das wird mir zunehmend unheimlich. Wir haben immer betont: Die Verteidigung muss das Ziel der Waffenlieferungen sein, Angriffswaffen stellen das infrage. Ich befürchte, das könnte nun immer weiter eskalieren.“

Vor diesem Hintergrund fragt das Bochumer Friedensplenum die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus:

1. Wenn Ihnen die Eskalation der Waffenforderungen „zunehmend unheimlich wird“, wollen Sie dennoch Ihre Forderung vom Reformationstag nach konkreten Verhandlungen zum Frieden zurücknehmen und nur noch Gesprächskanäle offen halten?
2. Wie weit geht angesichts der zunehmenden Eskalation der Waffengewalt und der drohenden Gefahr eines atomaren 3. Weltkrieges, vor der jüngst UN-Generalsekretär Guterres warnte, Ihre grundsätzliche Unterstützung weiterer Waffenlieferungen an die Ukraine?
3. Der Bochumer Theologe und Sozialethiker *Günter Brakelmann* besteht angesichts des Ukrainekrieges in seinen Reflektionen „Krieg – gestern und heute und auch morgen“ darauf, Kriegsgründe, auch die alte Lehre vom „gerechten Krieg“, vom Ende her zu beurteilen: von den Massenvernichtungen von Menschen und Massenerstörungen von Zivilisation und Kultur. „Der Krieg hat sich mit seiner Möglichkeit, die Erde weithin unbewohnbar zu machen, als Mittel politischer Konfliktlösung ad absurdum geführt.“ Stimmen Sie seiner Einschätzung theologisch und sozialetisch zu und ebenso seiner Schlussfolgerung, dass es deshalb keinen Siegfrieden mehr geben kann, sondern nur einen Verhandlungsfrieden, in dem es nur um Kompromisse gehen kann, zu denen sich beide Seiten durchringen müssen? Befürworten Sie mit ihm Verhandlungen zu einem Kompromissfrieden?
4. *Günter Brakelmann* nennt folgende Punkte eines möglichen Kompromissfriedens: Die Krim bleibt russisch. Über Donezk und Lugansk wird man verhandeln müssen, am Ende könnten Volksabstimmungen unter internationaler Aufsicht stehen. Zwischen dem europäischen Westen und Russland muss ein neues Vertrags- und Beziehungsnetz aufgebaut werden. Russland bleibt der osteuropäische Nachbar und sollte nicht zum Dauerfeind gemacht werden. Die Ukraine könnte Vollmitglied der EU werden, nicht aber der NATO. Aber die NATO kann Sicherheitsgarantien für die Ukraine geben. Stimmen Sie dieser Denkrichtung für Verhandlungen zu? Was würden Sie aus theologischer Sicht für Frieden und Versöhnung hinzufügen?
5. Bekannte evangelische Theologinnen und Theologen wie Margot Käßmann, die frühere EKD-Ratsvorsitzende, Antje Vollmer, die frühere Vizepräsidentin des Bundestages, und der Magdeburger Bischof Friedrich Kramer, der Friedensbeauftragte der EKD, plädieren nachdrücklich für Verhandeln statt Waffen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dies die Position der EKD wird?